

KOLUMNE über das Manifest von Rechtsprofessoren gegen die Durchsetzungsinitiative

Weckruf oder Alarmismus?

Kürzlich titelte die NZZ: «120 Rechtsprofessoren gegen die Durchsetzungsinitiative». Das Manifest «Die Schweiz ist ein Rechtsstaat» wurde innert weniger Tage von mehreren Dutzend Professoren unterzeichnet. Schlussendlich unterschrieben mehr als 150 Juristen. Der professorale Vorbehalt lautet, dass mit dieser Volksinitiative die Gewaltenteilung ignoriert, die Verhältnismässigkeit verletzt sowie die Grundrechte infrage gestellt werden. Im ersten Moment fühlte ich mich fast schuldig, denn ich hatte – unstrittig ein Professor – das Manifest nicht unterzeichnet. Bin ich somit kein «echter» Rechtsprofessor? Stelle ich mich gegen Gewaltenteilung oder Verhältnismässigkeit? Sind mir Menschenrechte schnuppe? Vermutlich hätte die professorale «political correctness» eine Unterschrift nahe gelegt, und sei es nur aus schlechtem Gewissen – sollte die Initiative angenommen werden, kann jeder Unterzeichner sagen: «Zumindest ich habe mich dagegen ausgesprochen.»

Tatsächlich wurde ich früh für eine Unterzeichnung angesprochen, und zwar als Leiter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Es stand für mich jedoch sogleich fest, dass ich mich schon wegen dieser Funktion nicht exponieren durfte; meine Unterschrift sollte nicht als offiziöse Stellungnahme unserer Rechtsfakultät missverstanden werden. Hinzu kommt, dass ich generell erhebliche Vorbehalte habe gegen «Offene Briefe», öffentliche Aufrufe, «Appelle» etc. von Professoren, die damit vermutlich teils ihre Bedeutung überschätzen oder ihre Funktion missverstehen.

Wer die Initiative annehmen will, soll dies ohne Gewissensbisse tun

Um es klar zu sagen: Staatsbürger Kunz lehnt die Initiative ab, doch Rechtsprofessor Kunz predigt dies nicht von der akademischen Kanzel. Ohnehin scheint mir eine gewisse Gelassenheit nötig. Bei der Durchsetzungsinitiative geht es, nach meiner staatsbürgerlichen Einschätzung, nicht um eine Schicksalsfrage unseres Landes. Selbst bei Annahme werden wir nicht zur rechtsstaatlichen «Bananenrepublik». Wer die Volksinitiative annehmen will, kann und soll dies ohne Gewissensbisse tun – daran ändert das Manifest von Rechtsprofessoren nichts. Ich werde seit Jahren immer wieder für solche



PETER V. KUNZ
ORDINARIUS FÜR WIRTSCHAFTSRECHT

Der Autor, Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M., ist seit 2005 Ordinarius für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung der Universität Bern; seit 2015 ist er Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

DIE KOLUMNISTEN
AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT
KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
GEORG KREIS, EMERITIERTER PROFESSOR FÜR GESCHICHTE
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
OSWALD SIGG, EHEMALIGER BUNDESRATSSPRECHER
GERHARD SCHWARZ, DIREKTOR VON AVENIR SUISSE
CHRISTIAN WÄNNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR
HANS FAHRLÄNDER, PUBLIZIST UND EHEMALIGER CHEFREDAKTOR

und ähnliche öffentliche Kollektivmanifeste von Professoren angefragt, nicht selten als einer der Erstunterzeichner. Ich sage immer ab, notabene aus prinzipiellen Gründen: Solange ich nicht Politiker bin, schalte ich mich nicht in tagespolitische Debatten ein mit der implizierten Unterstellung: «Ich bin Professor, drum weiss ich es besser als die Nicht-Professoren.» Ein Argument wird nicht allein dadurch richtig oder überzeugend, dass es von einem Professor oder von vielen Rechtsprofessoren vorgebracht wird. Zudem verschleiern nicht selten angebliche Expertenaussagen schlicht politische Ansichten.

Geht es um bildungspolitische Themen, habe ich wenig gegen professorale Stellungnahmen. Bei allgemeinen Politfragen hingegen – wie im aktuellen Fall – bedarf es der Zurückhaltung. Dies nicht zuletzt unter dem Aspekt, dass die Professoren tätigen Personen aus Steuergeldern von jedermann bezahlt werden. Wer sich wirklich politisch einbringen möchte, kann und soll sich in das Parlament wählen lassen. Ein Gewählter ist in diesem Fall jedoch weniger Rechtsprofessor als vielmehr Politiker.

Die zentrale Aufgabe besteht in der Aus- und Weiterbildung von Juristen

Die zentrale Aufgabe von Rechtsprofessoren besteht nicht in der Teilnahme an Politdiskussionen, sondern in Forschung und Lehre, also bei der Aus- und Weiterbildung von Juristen. Dies ist schwierig und aufwendig genug. Wer sich daneben als Privatperson oder Staatsbürger politisch betätigen will, hat natürlich jedes Recht dazu. Rechtsprofessoren sind keine politischen Eunuchen. Immerhin kann der schmale Grat zur wissenschaftlichen Unglaubwürdigkeit überschritten werden – gerade mit professoralem Alarmismus.

Mancher Professor im akademischen Elfenbeinturm mag dazu neigen, seine Bedeutung zu überschätzen. Ich befürchte ausserdem, der Respekt vor Rechtsprofessoren befindet sich auf einem historischen Tiefststand (nicht allein in der «Weltwoche»). Ob das professorale Manifest mit erhobenem Zeigefinger das Ziel erreicht, muss zudem bezweifelt werden. Es könnte sich sogar als politischer Rohrkrepierer erweisen: Wir Rechtsprofessoren sind nämlich beim «Volk» wahrlich keine Sympathieträger!

KOMMENTAR

Ein weiteres Jahr zum Vergessen

Den Aktionären hat es gar nicht gefallen, was ihnen Novartis-CEO Joe Jimenez gestern vorgelegt hat. Die Novartis-Aktie schickten sie auf Talfahrt. Zeitweise wurden nur noch 80 Franken dafür geboten. Dabei ging es nicht nur um das abgelaufene Geschäftsjahr 2015, auch wenn der Rückgang bei Umsatz und Gewinn hier sogar stärker als erwartet ausgefallen ist.

Es geht vor allem auch um die Aussichten für das laufende Jahr. Denn einerseits läuft



von Andreas Schaffner

Über den Jahresabschluss des Basler Pharmakonzerns Novartis und die Perspektiven fürs laufende Jahr

beim Umsatzrenner von Novartis Glivec der Patentschutz ab. Theoretisch kann dann jeder Konkurrent den Wirkstoff, der einst die Therapie von Blutkrebs revolutionierte, herstellen. Beim viel beschriebenen Patent-Cliff-Problem bekundet Novartis denn allgemein mehr Mühe als der lokale Konkurrent Roche. Es fehlen schlicht die vielversprechenden Produkte, die die Glivec-Lücke füllen können.

Ausserdem befindet sich Novartis inmitten einer Totalrenovation. Die Ära Daniel Vasella wird abgestreift, die Organisationsstruktur von Grund auf neu gedacht. Sordengrund ist hier die Augensparte Alcon. Mit einem neuen Chef und einer umfassenden Restrukturierung will man sich hier für einen Neustart rüsten. Von einem Verkauf oder einen Teilverkauf von wenig rentablen Bereichen sieht man offenbar ab.

Noch nimmt man Joe Jimenez' Zukunftspläne nicht ab. Es wird wohl für ihn ein weiteres Jahr der Ungewissheit. Die erhöhte Dividende sowie das Aktienrückkaufprogramm von über 10 Milliarden können die Aktionäre nicht milde stimmen.

@ andreas.schaffner@azmedien.ch

POLEMIK

Hilfe! Ich weiss nicht, wo schämen

Hassan Rohani ist Präsident eines islamischen Landes. Man will dort nicht mit nackten (menschlichen) Tatsachen konfrontiert werden.

Dieser Präsident kommt zu Besuch nach Europa. Er hat ein Problem und Europa (oder Rom und Paris) hat eins. Seins ist, dass ihm die Tinte im Füllhalter ausgehen könnte und er so nicht alle – für Europa lukrativen – Wirtschaftsverträge unterschreiben kann. Und Europas Problem ist, dass da überall nackte Statuen rumstehen. In Rom wurde nackter Marmor verhüllt, in Paris der Lunch zu einer Zeit abgehalten, wo keine Weingefahr besteht.

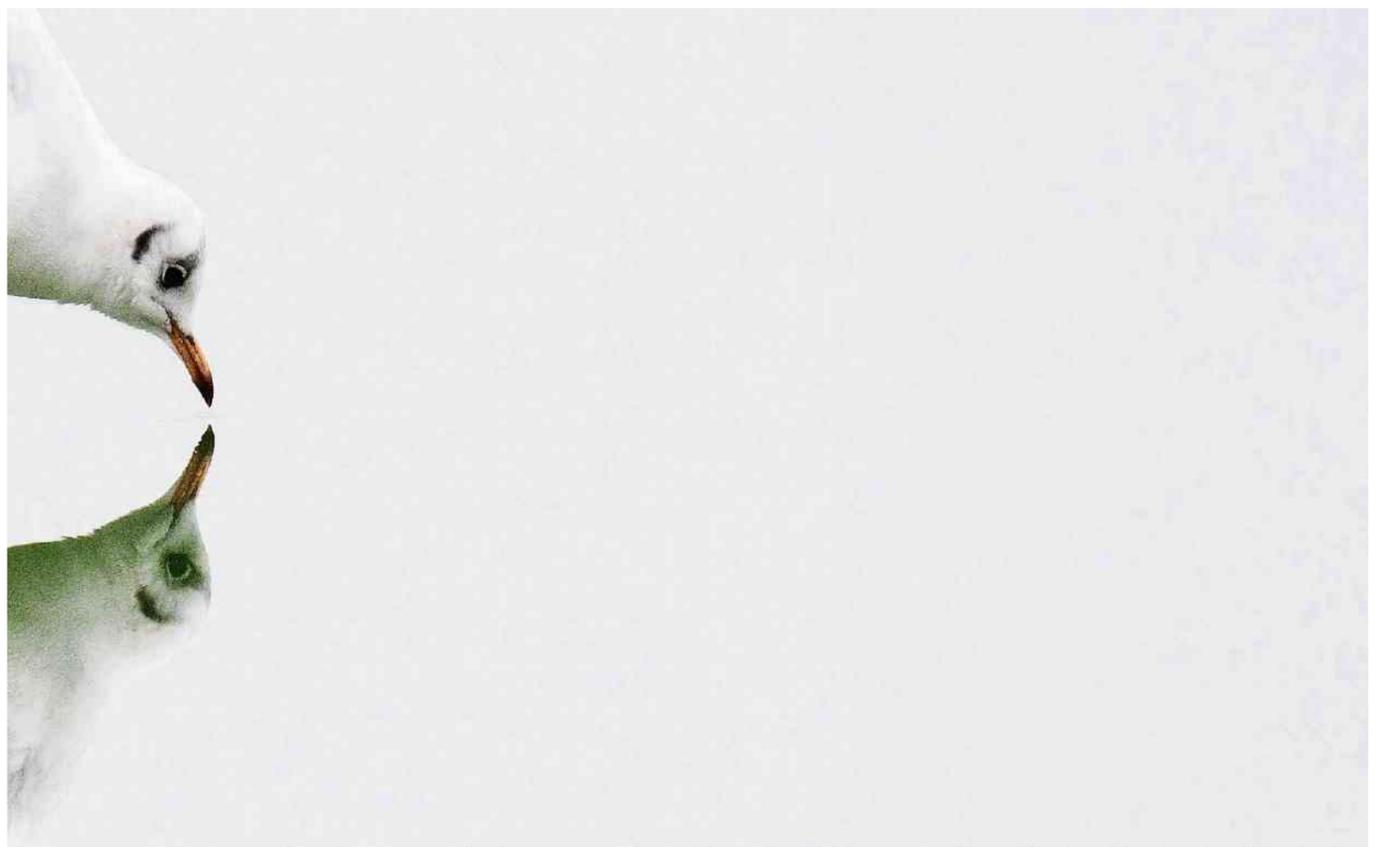
Ich soll mich schämen, wird gefordert. Derjenige, der schon immer wusste, was «unsere Werte» sind, sagt: Wegen des Verhüllens und wegen des Weins. Kein Einknicken vor einer queren Moral. Ein anderer sagt: Wegen der Menschenrechte. Im Iran gibts mehr Todesurteile als jetzt Wirtschaftsverträge. Ein Dritter sagt: Wegen der Empörung. Gegenüber Gästen ist man doch höflich und vermeidet Anstössiges. Ich schäme mich, dass ich nicht weiss, dass ich Rumpelstilzchen heiss'. Das reimt.

❖ Christoph Bopp

Was ist Ihre Meinung?



Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Alexandra Fitz

Schon mal in Hannover gewesen? Na ja, ist jetzt nicht gerade die hübscheste Stadt Deutschlands. Das werden die Hannoveraner sicher nicht gerne lesen. Also die Menschen, nicht die Pferderasse. Im Sommer haben Erstere dort oben noch ein lässiges Festli. Wobei, nüchtern betrachtet tummelt sich dann einfach ein Haufen Betrunkenen an der Promenade. Wobei, ohne Alkohol hält man Proletismus ja

auch gar nicht aus, und der wird am Maschseefest grossgeschrieben. Braune Zungen sprechen vom Hitler-See und sehen den künstlich angelegten See, der als Propagandamassnahme der Nazis aus dem Boden gestampft wurde, als Musterbeispiel für NS-Ästhetik. Doch das ganze Hannover-Geschwätz interessiert diese Maschseemöwe nicht. Sie sieht nur sich selbst. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/KEYSTONE